

nachrichten

Projekt als Alternative zu Prozessen

Die NGO *Buddhism for Development* (BFD) erkundet in einem Pilotprojekt alternative Streitschlichtungskonzepte. »Unser Ziel ist es, dass Ältere, die als Vertraute ihrer Kommune die Unterstützung haben, eine Rolle bei Schlichtungen auf Gemeindeebene spielen. Dadurch soll Gewalt, die durch einen einfachen Streit ausgelöst werden kann, reduziert werden«, so Nob Boran, Leiter des Projekts. BFD testet dieses System in den vier Provinzen Banteay Meanchey, Battambang, Oddar Meanchey und Kampong Thom. 55 von 1621 Gemeinden sind an dem Projekt beteiligt. Jedes Gemeindeforum wählt fünf Leute, die als lokales Konfliktlöschungskomitee fungieren. Das Auswahlkriterium sind Vertrauen und Respekt in der jeweiligen Gemeinde. Mitarbeiter des Projekts versprechen sich nicht nur eine Verringerung von unnötigen Gerichtsprozessen, die alle Beteiligten eine Menge Zeit und Geld kosten, sondern auch ein Ergebnis, das für beide Streitparteien zufriedenstellend ist. »Eine Gerichtsentscheidung schafft ein Konzept von richtig und falsch, nach einem Urteil wird dann eine Hasskultur innerhalb einer Gemeinde gefördert«, so Heng Thary eine ehrenamtliche Mitarbeiterin aus der Provinz Kampong Thom. Das UNDP führt zudem eine Befragung zur alternativen Konfliktlösung durch, welche der kambodschanischen Regierung im Juni 2005 zur Berücksichtigung bei den anstehenden Rechtsreformen vorgelegt werden soll.

vgl. PPP, 2.1.2005

Oppositionsführer unter Anklage

Drei Mitgliedern der Oppositionspartei Sam Rainsy Party ist Anfang Februar 2005 die parlamentarische Immunität entzogen worden. Sie sollen wegen Verleumdung und Verschwörung gegen die Regierung vor Gericht gestellt werden. Der Chef der Oppositionspartei, Sam Rainsy, floh daraufhin nach Frankreich, sein Vize Cheam Channy wurde verhaftet und Chea Poch konnte in die USA fliehen. Rainsy sagte, er werde nach Kambodscha zurückkehren, wenn er eine »Gerichtsvorladung mit konkreten Vorwürfen« erhalte. Beobachter bezeichnen die gemeinsame Klage von Regierungschef Hun Sen und Parlamentsvorsitzenden Norodom Ranariddh als gegenstandslos. Bei einem Gerichtsprozess drohen den dreien empfindliche Geldbußen sowie langjährige Haftstrafen. »Sie haben uns unserer Immunität beraubt, um uns daran zu hindern, Korruption und andere Verstöße der Regierung, die von der Weltbank hervorgehoben wurden, offenzulegen«, so Rainsy. Er hatte in den 1990er Jahren als Finanzminister gegen die Korruption gekämpft und befindet

sich nun auf einer Informationsreise durch die USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Rainsy forderte die Geberländer auf, ihre Zahlungen stärker an Fortschritte im Demokratisierungsprozess zu knüpfen. Beispielsweise sollten den politischen Eliten keine Visa mehr gewährt und Zolltarife für die Textilexporte, Hauptpfeiler der kambodschanischen Wirtschaft, erhöht werden. »Wir bewegen uns auf ein zweites Myanmar zu«, sagte Rainsy auf einem Forum vor dem US-amerikanischen Kongress.

Norodom Sihanouk, ehemaliger König von Kambodscha, hat sich in einem offenen Schreiben an Hun Sen dafür eingesetzt, den Konflikt beizulegen. Er forderte den Regierungschef und seinen Sohn, Norodom Ranariddh auf, die Immunität der Oppositionsmitglieder wiederherzustellen und die Anklagen gegen sie fallen zu lassen. Hun Sen und Parlamentschef Norodom haben diese Forderungen jedoch zurückgewiesen.

vgl. *Kyodo News*, 4.2.2005; *AFP*, 4.2.2005; *Yahoo News*, 11.2.2005, *Japan Today*, 15.2.2005

Waffen als Kunstobjekte

Kunststudenten der Royal University of Fine Arts in Phnom Penh geben eingesammelten Waffenteilen eine neue Funktion. Das Peace Art Project Cambodia wurde im November 2003 von Neil Wilfried, Waffenspezialist bei der EU, und dem britischen Künstler Sasha Constable ins Leben gerufen. Die Projekte der Studenten werden im ganzen Land ausgestellt, einige sind auch an Sammler im Ausland verkauft worden.

Sophan Samkhan beteiligt sich an dem Projekt, da sein Vater durch die Khmer Rouge getötet wurde. Er hofft, dass seine neu erlernten künstlerischen Fähigkeiten zu einer friedlichen Zukunft beitragen können. »Ich habe drei Kinder und ich möchte wirklich, dass sie in einer sicheren Umge-

bung aufwachsen«, so Sophan.

Ein Filmprojekt zum Thema Waffen und Gewalt hat die Nicht-Regierungsorganisation Church World Service initiiert. Mit einem Fernseher und DVD-Player ausgestattet, reisen die Mitarbeiter durch Dörfer und zeigen den Bewohnern Kurzfilme, in denen kleine Streitereien aufgrund der Anwesenheit von Waffen in Blutbädern enden.

Seit 1999 sind mehr als 100.000 kleinere Waffen und Minen an staatliche Behörden übergeben worden, aber noch viele werden im Umlauf vermutet. Übergebene Waffen werden in einer Zeremonie »Flammen des Friedens« verbrannt.

vgl. *BBC News*, 26.12.2004

Korruptionsbekämpfung

Durchgreifende Reformen hat der kambodschanische Premier Hun Sen auf einer Investorenkonferenz Mitte Februar 2005 in Phnom Penh angekündigt. Durch eine Rationalisierung der Verwaltung sowie einer Anhebung der Beamtengehälter will Hun Sen die Korruption in Kambodscha bekämpfen. Einen Zeitplan stellte er dabei nicht vor. Phnom Penhs Top-Prioritäten sollen »Kampf gegen Korruption, Kampf gegen Korruption und Kampf gegen die Korruption« sein, sagte James Wolfensohn, Chef der Weltbank, auf der gleichen Konferenz mit dem Titel *Seizing the Global Opportunity*.

Anfang Dezember 2004 hatten die Geberländer und die Weltbank die kambodschanische Regierung aufgefordert, konkrete Maßnahmen gegen die Korruption einzuleiten. Es war das erste Treffen seit drei Jahren zwischen Vertretern beider Seiten. Die *Consultative Group* der Geberländer sicherte der Regierung 504 Millionen US-Dollar Hilfsleistungen für das Jahr 2005 zu. Laut einer US-Studie frisst die Korruption jedes Jahr rund 500 Millionen US-Dollar öffentlicher Gelder. Nach Angaben lokaler Unternehmer bestehen rund 15 Prozent der Geschäftskosten aus Bestechungsgeldern. Mehr als die Hälfte der kambodschanischen Bevölkerung lebt mit weniger als einem US-Dollar pro Tag.

Die kambodschanische Regierung weigert sich weiterhin, ein Anti-Korruptionsgesetz zu verabschieden, welches den UN-Konventionen entspricht. Neben der Gesetzesverabschiedung soll Hun Sens Regierung Bestechungsfälle vor Gericht bringen lassen und öffentlich zugängliche Informationskanäle einrichten, so die Forderungen der Geberländer. Das nächste Treffen mit Phnom Penh soll Anfang März 2005 stattfinden.

vgl. *BBC News*, 6.12.2004, 11.2.2005; *PPP*, 2.1.2005; *Economist*, 17.2.2005

Überfall auf NGO

91 Frauen und junge Mädchen wurden Anfang Dezember 2004 aus dem Quartier der kambodschanischen Nicht-Regierungsorganisation Acting for Women in Distressing Situations (AFESIP) entführt. Kurz zuvor waren sie von einem Team des Anti-Human Trafficking and Juvenile Protection Department des Innenministeriums aus einem Hotel in Phnom Penh, welches als Bordell für Frauenhandel fungiert, gerettet worden. Die acht verhafteten Hotelmanager kamen schnell wieder auf freien Fuß und waren offenbar an der Verschleppung der Frauen beteiligt.

Nach der Entführung wurde die Chefin der Abteilung gegen Menschenhandel sowie ihr Stellvertreter aufgrund einer nicht näher spezifizierten Order der nationalen Polizeibehörde entlassen. Die Abberufung von Generalin Un Sokunthea, als engagierte Politikerin gegen den Menschenhandel sowohl in Kambodscha als auch international geschätzt, überraschte viele. »Ich bin sehr enttäuscht, dass das Innenministerium diese sehr harte Maßnahme gegen eine Beamtin, die ihre Pflicht erfüllt hat, ergriffen hat«, so die ehemalige Ministerin für Frauenangelegenheiten, Mu Sochjua. Auch der Direktor von AFESIP, Pierre Legros, äußerte sein Unverständnis über die Entlassung von Un: »(...) Das

zeigt, dass es ein großes Problem innerhalb der Regierung gibt.« Beobachter in Phnom Penh sehen die Attacke gegen die kambodschanische Organisation, die von den USA und europäischen Staaten, unter anderem Frankreich und Spanien, finanziert wird, als Reaktion auf negative Bemerkungen von ausländischen Vertretern. Im Rahmen eines Treffens zwischen der kambodschanischen Regierung und der internationalen Gebergemeinschaft Anfang Dezember 2004 hatten die Ländervertreter Kritik an der mangelnden Umsetzung von politischen Reformen der Regierung Phnom Penhs kritisiert. Die jüngste Ernennung der Ministerin für Frauenangelegenheiten, bei der thai-

nachrichten

ländischen Polizei als Frauenhändlerin straffällig geworden, scheint Ausdruck eines Unwillens zu sein, Maßnahmen zur Rechtsherrschaft und Transparenz umzusetzen.

vgl. *Asia Times*, 25.12.2004

KR-Kommandeur verliert Berufung

Der ehemalige Kommandeur Chhouk Rin ist des Mordes an drei Touristen schuldig und muss dafür eine lebenslange Haftstrafe verbüßen, so entschied der Oberste Gerichtshof in Phnom Penh. Die drei jungen Australier wurden 1994 während einer Attacke von Khmer-Rouge-Truppen auf einem Passagierzug in Südkambodscha gefangen genommen. Nachdem sie einige Wochen in den Berggebieten verblieben, wurden sie nach erfolglosen Lösegeldverhandlungen getötet. Nach der ersten Urteilsverkündung im September 2002 war Chhouk Rin auf freien Fuß gesetzt worden, bis seine Berufungen entschieden waren. Er bestritt bei seinem ersten Einspruch im November 2003, dass er eine solche Attacke gegen den Zug angeführt oder befohlen habe. Bei der Urteilsverkündung des fünfköpfigen Gerichtshofs war er nicht anwesend. Chhouk Rin ist der dritte ehemalige Khmer-Rouge-Aktivist, der in diesem Fall verurteilt worden ist. Lao Mong Hay, Chef des pro-demokratischen *Center for Social Development*, sagte, dass die meisten Kambodschaner über das Urteil sehr glücklich wären.

vgl. *BBC News*, 16.2.2005; *VOA News*, 16.2.2005

Neue Kritik an Waldabholzung

Die wachsende Kritik an Abholzungspraktiken in Kambodscha hat zu unterschiedlichen Reaktionen in Phnom Penh geführt. Das Umweltministerium kündigte Anfang Februar 2005 an, das Unternehmen Asia Pulp and Paper (APP) zu verklagen. Die Umweltabteilung von Kambodschas südwestlicher Provinz Koh Kong hat rechtliche Schritte gegen ein Subunternehmen der Firma, Green Rich, eingeleitet, so Umweltminister Mok Mareth. »Sie haben sich immer wieder eingeschlichen, um unsere dichten Wälder abzuholzen (...). Sie müssen sich einer rechtlichen Strafverfolgung stellen«, so Mok. Zuvor war Mok in die Kritik geraten, selbst illegale Berechtigungs-scheine ausgestellt zu haben. »Sollte die Klage realisiert werden, so wäre das ein erster wichtiger Schritt zur Unterbindung von rasch zunehmenden illegalen Genehmigungen, welche Kambodschas Naturschutz-

gebiete bedrohen«, so Mike Davis, Chef der internationalen Umweltorganisation Global Witness. Allerdings besitzt APP, sollte es die Berechtigung für den Botum Sakor National Park verlieren, noch ausreichend andere, größtenteils illegale Abholzgebiete, so Beobachter.

Die internationale Gemeinschaft ist an dem ganzen Desaster nicht ganz unschuldig, so äußerte sich Job Buckrell, Mitarbeiter von Global Witness, in London. Die Gebergemeinschaft hatte im Dezember 2004 ein dreijähriges Verbot auf Holzstammtransporte aufgehoben. »Die Weltbank hat wiederholt ihre ignorante Entschlossenheit bewiesen, den Abholzungsunternehmen bei der Wiederaufnahme ihrer Geschäfte zu helfen«, so Buckrell.

vgl. *AFP*, 10.2.2005; *Dow Jones Newswires*, 3.2.2005; *Asia Times*, 11.2.2005

Japan unterstützt KR Prozess

Die japanische Regierung will mehr als 21 Millionen US-Dollar für den von den UN unterstützten Prozess gegen die Köpfe der Khmer Rouge bereitstellen. Der japanische Botschafter in Kambodscha, Fumiaki Takashashi, sagte, das Parlament habe der Summe von 18,5 Millionen zu den bereits zugesicherten drei Millionen US-Dollar zugestimmt.

Dies ist die größte Spendensumme seit dem Entschluss zu dem Prozess zwischen Phnom Penh und den UN. Die UNO hatte wiederholt gewarnt, dass die Schuldigen erst vor Gericht gestellt werden können, wenn dazu Mittel in Höhe von 55 Millionen zur Verfügung stehen würden. Anfang des Jahres hatte Regierungschef Hun Sen das Vorbereitungstribunal zur Eile angetrieben, damit die Hauptschuldigen nicht sterben würden, bevor Gerechtigkeit getan werde. Bis dato haben Australien, Frankreich und Großbritannien rund sieben Millionen US-Dollar beigesteuert. Kambodscha trägt rund 13,3 Millionen Dollar, wobei einiges auch von anderen Geberländern aufgebracht werden soll.

vgl. *BBC News*, 11.2.2005